

Das RWE-Stadion, der Regierungspräsident und das Sozialticket

Was haben diese drei miteinander zu tun? Seit geraumer Zeit fragt man sich, ob eine andere Dreierbande nicht ein abgestimmtes Spiel spielen: die CDU/Grüne Koalition, die unsere Stadt regiert und Regierungspräsident Büssow (SPD). Warum? Gegenseitig werden sich die Bälle zugespült um sozialfeindliche Maßnahmen durchzusetzen oder soziale zu unterlassen. Geht es aber darum, Geschenke an die Wirtschaft trotz „desolater Kassenlage“ zu erlauben, ist es dieselbe Dreierbande, die sich bei der Begründung hilft. Beispiele:

■ Mit dem Sozialticket wird seit langem in Essen gefordert, dass armen Menschen eine Möglichkeit geschaffen wird mobil zu sein, ohne die horrenden Preise im öffentlichen Nahverkehr bezahlen zu müssen. In vielen Städten bereits verwirklicht. In Essen wird schon der Versuch abgewürgt, weil der Regierungspräsident

angedeutet habe, dass er solch ein Beschluss mit Hinblick auf die Schulden-situation der Stadt kassieren würde.

■ Anders bei der Essener Marketing-Gesellschaft (EMG). Die EMG hat zwei Gesellschafter: die Stadt – sie gibt das Geld vom Steuerzahler; und die Wirtschaft – die gibt nichts, außer ihrem Fachwissen, mit dem es aber angesichts der Pleite der EMG nicht weit her sein kann. Die EMG erzielt Einnahmen durch den Verkauf städtischer Grundstücke (also von Eigentum der Bürger) und fördert damit die Wirtschaft. Die Einnahmen blieben aus. Der Rat beschloss (gegen die Stimmen von Linke/DKP/AUF) 1,38 Millionen zusätzlichen Zuschuss. Von einem Einspruch des Regierungspräsidenten war nichts zu hören.

Und was hat das ganze mit dem RWE-Stadion zu tun? Nun, Zweifel sind ange-

bracht, ob es beim Stadionneubau mehr geben wird, als den ersten Spatenstich kurz vor dem Wahltag (siehe Kommentar Unten: Neubau RWE-Stadion – Ganz sicher?). Denn auch hier ist ein Zusammenspiel dieser großen Koalition aus CDU / Grünen und SPD-Büssow mehr als möglich. Sollte diese Koalition dann, getreu dem Motto „Brot und Spiele“, aller Zweifel zum Trotz tatsächlich ein neues Stadion bauen, dann wird eben der SPD-Regierungspräsident dafür sorgen, dass damit Kürzungen in anderen Bereichen begründet werden. Noch sind ja nicht alle Sportstätten, Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen.

Wir Kommunisten tun auch weiterhin alles uns mögliche dafür, dieser menschenfeindlichen Arbeitsteilung so viele Steine wie möglich in den Weg zu legen, denn Geld ist genug da. Her mit dem Schutzschirm für die Menschen.

Neubau RWE-Stadion – Ganz sicher ?



Patrik Köbele, Ratscherr der DKP Essen

So scheint es, wenn man der Berichterstattung nach der März-Ratssitzung glaubt. Eine Wahlkampfschlacht zwischen CDU-/Grüne einerseits und der SPD andererseits

prägte das Bild. Die CDU, im Bild typischer Schönwetterfans mit nagelneuen RWE-Fanschals geschmückt, will ein RWE-Stadion mit rund 22,5 Millionen € städtischer Gelder. Dafür soll der Handelhof verkauft werden und gebaut wird, wenn für die fehlenden 8-10 Millionen € feste Sponsorenzusagen vorliegen. Genau die fehlen aber. Und die Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf des Handelhofs wird Kürzungen in anderen Bereichen nach sich ziehen (s. Seite 1). Die SPD beantragte zu bauen, egal ob Sponsoren da sind und notfalls alles aus der Stadtkasse zu bezahlen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, dass diesen Plänen der SPD-Regierungspräsident Büssow dann eine Absage erteilt hätte – vielleicht nach dem Wahltag. Raten sollte man allen Befürwortern des Stadionneubaus wachsam zu bleiben. Die Fraktion Linke/DKP/AUF blieb bei ihrer Position: „Ja zum Stadion, aber nicht mehr als 7,5 Millionen aus städtischen Mitteln, einen Verkauf des Handelhof lehnen wir ab.“

Termine

1. Mai-Demonstration, Frohnhauser Markt 10.00 Uhr

1. Mai-Feier der DKP, Sa. 25. April 2009
 Bürgerhaus Oststadt, Steele
 Beginn: 19.00 Uhr

MASCH: China – gestern – heute – morgen
 Referent: Prof. Dr. Helmut Peters
 Do., 28.05.09, 19.30 Uhr, Zeche Carl

Mitgliederversammlung der DKP Mitte
 Süd, 14.04.09, 19.00, Hoffnungstr. 18

Mitgliederversammlung der DKP Altenessen, Gaststätte Gammler, Schwarze Straße / Rahmstraße 204, Thema: 60 Jahre NATO, 05.05.09, 19.30 Uhr,

Mitgliederversammlung der DKP Steele
 Bürgerhaus Oststadt, 05.05.09 und 19.05.09, 19.30 Uhr

Mitgliederversammlung der DKP Frohnhausen/Holsterhausen, Holsterhauser Hof, 21.04.09, 05.05.09 u. 19.05.09, 19.30 Uhr

Mitgliederversammlung der DKP Borbeck
 (Treff: Telefon 0201/23 56 45)

Kinderferien-Aktion der DKP: 14 Tage
 Frankreich für 219 €. Tel. 0201-235645

Kita-Plätze ausbauen – aber nicht zu Lasten älterer Kinder

Ein schönes Geschenk von Seiten den Landes NRW an die Stadt: das zugewiesene Kontingent von Kita-Plätzen für unter 3-Jährige liegt um 180 höher als ursprünglich eingeplant. Doch jetzt hat die Stadt ein Problem: So viele Plätze gibt es insgesamt gar nicht. Was schlägt die Stadt vor? Sie will einfach Plätze bei den über 3-Jährigen eindampfen, und zwar insgesamt 69. Das wären immerhin 4 Gruppen. So geht's nicht, meint auch die Fraktion Die Linke/DKP/AUF und stellte einen entsprechenden Antrag im Jugendhilfeausschuss.

Denn selbst die vorgeschlagene Reduzierung wird nur schwer einzuhalten sein,

wenn immer mehr kirchliche Einrichtungen schließen. Zudem rechnet die Stadtverwaltung unrealistisch. So werden fast 50 neue U3-Plätze mit 25 Betreuungsstunden in der Woche geplant. Tatsächlich werden aber in der Praxis bisher nur 0,5 Prozent der U3-Kinder 25 Stunden betreut, fast 88 Prozent dagegen 45 Stunden. Schließlich sind Eltern, die ihre Kleinkinder in die Kita geben, in der Regel berufstätig und auf die volle Betreuung angewiesen. Ohne einen Ausbau des städtischen Angebotes an Kindertageseinrichtungen wird sich die Unterversorgung gerade im U3-Bereich nicht lösen lassen.

Kulturhauptstadt 2010 – Großprojekte, Flops und kein Geld für die Jugend

Aus Kostengründen sollen die Jugendbühnen bei Essen Original wegfallen und das im Jahr vor 2010. Die Jugendlichen hätten geschmutzt und wären nicht brav gewesen und das hätte Geld gekostet.

Setzt man dies ins Verhältnis zu 41 Millionen € für den Umbau der A42 zur Parkautobahn (siehe Artikel), denkt man an Projekte, wie die Sperrung der A40, die Ruhratolle oder den Flop mit der „Zweiten Stadt“ unter Zeche Zollverein, dann bewahrheiten sich alle Befürchtungen, die die DKP bereits bei der Bewerbung zur Kulturhauptstadt geäußert hat. 2010 wird geprägt durch schillernde Events und Schaufensterprojekte. Breitenkultur, die vorhandene kulturelle Infrastruktur dieser Stadt und die Kultur der Menschen spielt in diesen abgehobenen Planungen gar keine bis kaum eine Rolle.

Wir haben es hier mit einer grundsätzlichen Schiefelage der Kulturpolitik in unserer Stadt zu tun.

Wir unterstützen die Forderung der Jugendverbände nach langfristigem Erhalt der Jugendbühnen bei „Essen Original“.



DKP-Ratsherr Patrik Köbele legt seine Ratseinkünfte auch für 2008 offen, und die anderen?

Aufwandsentschädigungen: 4.968,00 €
 Sitzungsgelder: 1.020,00 €
 Kilometerpauschalen: 613,96 €
 Summe: 6.601,96 €
 davon steuerpflichtig: 3.409,96 €
 Steuern(ca.): 1.022,99 €
Nettoeinkünfte: 5.578,97 €

Regelmäßige Spenden (DKP):		380,- € x 12 = 4.560,00 €
Weitere Spenden:		
21.01.2008	Bürgerinitiative gegen Ausbau A52	200,00 €
14.03.2008	Klage gegen Müllverbrennung Hamuth	100,00 €
21.04.2008	Veranstaltung Familienpass	350,00 €
16.07.2008	Kinderferienfahrt	250,00 €
08.08.2008	Kaiserparkfest	85,92 €
12.09.2008	Material Demo gegen Schliessung Zeche Carl	56,89 €
23.09.2008	Spende für Jugendarbeit der SDAJ	100,00 €
22.11.2008	Rotlicht extra	165,00 €
28.11.2008	Spende Essener Schülerbündnis	200,00 €
Stoppenberger Kalender		54,90 €
Summe Spenden:		6.122,71 €

Internationales Kulturfest

1. MAI 2009
Zeche Carl
 ab 14.00 Uhr

Wilhelm-Nieswandt-Allee 100 | Altenessen
umsonst und draußen

Anzeige

Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
 www.dkp-essen.de
 E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Anzeige

A42 – Parkautobahn – standen die Planer unter Drogen?

Stellen Sie sich vor Ihre Mietwohnung soll renoviert werden. Der Vermieter beauftragt einen Architekten mit den Plänen. Der kommt wieder und vergleicht Ihre Wohnung mit Schloss Windsor, dem Wohnsitz der englischen Königsfamilie, oder Villa Hügel. Vorgeschlagen wird, Ihren Balkon in ein „Wohnungsohr“ umzugestalten und an der Tür „kleine skulpturale Elemente“ mit Ihrem Namen anzubringen.

So ähnlich geht es mit der A42. Verglichen wird sie mit dem Schlosspark von Sanssouci in Potsdam. Bilder von historischen Säulen in Sanssouci werden mit Säulen der Autobahnbrücke über die Emscher verglichen, Statuen von antiken Gottheiten mit Krümmungen der Fernwärmeleitung. Autobahnkreuze werden

zu „Ohrenparks“ umbenannt, Ausfahrten zu „Parktoren“. Autos sind „Gefäße“, in denen wir, die Autofahrer durch eine „grüne Wurst“ fahren. Und weil man durch eine „grüne Wurst“ und durch Lärmschutzwände nichts sehen kann, werden die Bäume abgeholzt und „Fenster“ in die Lärmschutzwände geplant. Das Ganze soll dann 41 Millionen € kosten und gilt später dann als der schnellste Zoo der Welt – die Tiere sind die ohnehin geplagten Anwohner der A42.

Nun hat die Bürgerliste Nord Strafanzeige gegen die Baumfällungen gestellt – wir gratulieren dazu. Denn diese Unsinnplanung muss gestoppt werden. Nötig sind bessere Lärmschutzmaßnahmen und keine Planungen, die sich doch sehr nach wirren Drogenträumen anhöhen.

Konjunkturmillionen nur für Steine



Peter Köster, Speditionskaufmann, Stellvertretender Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt Oberhausen, Betriebsrat.

Große Lücken bei Transparenz, Schwimmbädern und Qualität der Schulen

Im Rat wurden am 04. März 09 Sofortmaßnahmen für 28 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II beschlossen. Insgesamt kann die Stadt Essen über 70,116 Mio. Euro verfügen, unter ziemlich strengen Auflagen. Knapp 42 Mio. Euro will die Stadt in Bil-

dung investieren. Streng genommen darf die Kommune das Geld aber nur in „energetische Gebäudesanierung“ stecken. Schön das es wärmer wird in der Schule, aber weder können Mensen gebaut noch darf z.B. in Ausstattung oder Personal investiert werden. Für den Schulalltag und die Schüler ändert sich daher wenig.

Nach Ansicht der Fraktion DieLinke/DKP/AUF soll das Geld vor allem in jene Schulen gesteckt werden, die in sogenannten „sozial benachteiligten Stadtteilen“ liegen. Es soll gezielt da investiert werden, wo die Schüler bislang am meisten benachteiligt wurden. Gleichzeitig dürfen keine hohen Summen in Gebäude verpulvert werden, bei denen in den kommenden Jahren eine Schließung der Schule zu erwarten ist. Wir bleiben dabei: Die Stadt Essen braucht einen langfristigen Schulentwicklungsplan, der alle Schulformen umfasst.

Transparenz schaffen

Und weil für die Vergabe der Mittel aus dem Konjunkturpaket bis 100.000 Euro kein Ausschreibungszwang besteht, fordert unsere Fraktion, dass nur die Unternehmer beauftragt werden, die gültige Lohn- und

Gehaltstarife zahlen. Dumpinglöhne lehnen wir ab. Zudem sollen alle Aufträge veröffentlicht werden, incl. Auftragssumme und Auftragnehmer. Hiermit wollen wir Machenschaften beim Zuschieben von Aufträgen verhindern.

Ursprünglich sollten alles nur im Rat beschlossen werden. Die Fraktion Die Linke/DKP/AUF hat mit einem Antrag mit dafür gesorgt, dass die unterschiedlichen Investitionen auch in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden. Alle Maßnahmen sollen auf der kommenden Ratssitzung am 29. April 2009 beschlossen werden.

Komm, wir gehen wieder ins Freibad

Und da im Bereich Sport und Bäder im Konjunkturpaket nur sehr wenige Maßnahmen vorgesehen sind, haben wir die Prüfung folgender Projekte gefordert: Errichtung eines Kombibades im Essener Nordwesten als Ersatz für das Freibad Hesse und die Erhaltung und Sanierung des Krayer Südbades. Von den wenigen in den Kommunen gelandeten Peanuts im Vergleich zu den riesigen milliardenschweren Rettungsschirmen für die Banken und Konzerne, sollen wenigstens die Menschen profitieren.

Die Linke kandidiert gegen die Bürgerliste-Nord

Der WAZ/NRZ- Artikel „Linke im Norden zersplittern“ vom 30.03.09 beginnt mit einem Zitat: „**Die DKP hat die Bürgerliste übernommen**“, sagt **Wolfgang Freye (Die Linke)**.

Anstatt „auf gleicher Augenhöhe“ für bessere Lebensbedingungen der Menschen im Essener Norden zu kämpfen, geht Herr Freye von Die Linke einen sonderbaren Weg. Es scheint wohl Ziel zu sein, den Einfluss der DKP in den Parlamenten zu schwächen um sich selbst zu profilieren. Und da schreckt man auch nicht vor Un- oder Halbwahrheiten zurück.

Die Linke hatte angeboten, evtl. auf eine eigene Kandidatur in den Bezirken V und VI zu verzichten, und ihre Kandidaten auf der Liste der BL-Nord zu platzieren. Ziel war ein starkes Bündnis links von der SPD, um die Arbeit der BL-Nord zu unterstützen – so wie es seinerzeit die Grünen getan haben und die DKP noch heute. Klar war, dass der Schriftzug der Linken im Logo mit auftauchen sollte, und dass auf dem Wahlzettel Die Linke mit verzeichnet werden sollte. Das Angebot war verknüpft mit einer Forderung: Den jeweils ersten Listenplatz für die Bezirksvertretungen hätte ein parteiloses BL Nord-Mitglied einnehmen sollen, dann jeweils ein Vertreter von Die Linke, und erst an dritter Stelle ein DKP-Mitglied. Die Bürgerliste verwehrte sich aber als Postenbe-

schaffer für Die Linke herzuhalten. Die Mitgliederversammlungen haben die Forderung von Die Linke mehrheitlich, übrigens bei Enthaltung von DKP-Mitgliedern, als Zumutung abgelehnt.

Anders die DKP: sie vertrat den Kompromissvorschlag, im Sinne der gemeinsamen Sache, sich mit den Linken die Plätze zwei und drei in den BV-Kandidatenlisten zu teilen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von Die Linke abgelehnt.

Berhard Derks, Vorstandssprecher der Bürgerliste: „Im Gegensatz zur DKP hat sich die Linke im Essener Norden in der Bürgerliste noch nie sehen lassen.“ Auch das gern benutzte Argument, bereits zur letzten Wahl auf eine Kandidatur in V und VI verzichtet zu haben, ist nur halb wahr: Die Linke hatte damals einfach nicht die Leute, mit denen es sich gelohnt hätte, anzutreten. Bis heute findet sich auf der Internetseite von Die Linke in Essen noch keine Kandidatenliste für die Bezirke V und VI. Derks weiter: „Nur um die Sicherheit von einem oder zwei Sitzen in der nächsten Bezirksvertretung zu haben, trete ich nicht diejenigen in den Arsch, die im Grunde wegen unserer Personalknappheit die Schweinsarbeit gemacht haben – zu Gunsten einer Gruppierung, die erst mal beweisen muss, im Norden Politik machen zu können. Ich muss mir morgens (auch wenn's schwer fällt) noch ins Gesicht sehen können.“

1. MAI-FEIER der DKP Essen

**Samstag 25. April 2009
Bürgerhaus Oststadt Steele**

Beginn: 19.00 Uhr

Einlass: 18.00 Uhr

**Politisches Kabarett „Sind Sie sicher? Paranoia als Programm“ von und mit
Jane Zahn und
Marina Reichenbacher**

**anschließend Schwoof mit
der BO-DISKO
Politik, Kultur, Buffet
& Coole Drinks**

**Abendkasse: 7,- €, Vorverkauf
6,- € und ermäßigt 4,- €**

„Gehen Sie den Kommunisten nicht auf den Leim!“ Banker und Industrielle am Infostand der DKP in Essen



Samstag, 14.03.2009, 11:00 Uhr, Essen, Kettwiger Straße. Geiz Gierhalz hatte seinen Auftritt. Als Sprecher der notleidenden Banken und Konzerne, wettete er gegen die Kommunisten am Infostand. Besonders aber auch gegen die Bürger, die doch endlich einsehen sollten, dass sie mit ihren überzogenen Forderungen, die Krise herbeigeführt, ja sogar verschuldet hätten. Sportstätten,

Schwimmbäder, Bibliotheken, Sozialticket, Schulen und Bildung und Programme gegen die Armut und Kinderarmut seien doch überholte Forderungen aus dem 18ten Jahrhundert. „Wer soll das denn alles bezahlen?“ fragte er.

„Gehen Sie den Kommunisten nicht auf den Leim.“, so Gierhalz weiter. „Spenden Sie für uns und unsere notleidenden Banken“ flehte die eigens angereiste Milliardärin, Frau Maria Elisabeth Scheffler (Continental-Queen), in Pelzmantel und Krokotasche und schüttelte den Passanten fordernd ihre Spendenbüchse entgegen.

Ganz anderer Meinung war da Karin Schnittker, EU-Kandidatin der DKP:



„Was die Menschen brauchen sind Schutzschirme gegen Sozialabbau, gegen Geldgier und Erpressung der Banken und Konzerne! 70 Millionen für ein Kulturprogramm sind Brosamen im Vergleich zu dem Milliardenerschutzschirm für marode Banken und Konzerne, die für ihre Betrug- und Scheingeschäfte belohnt werden, anstatt sie zu vergesellschaften. Unter demokratischer Kontrolle versteht sich!

Deutschland ist ein reiches Land. Geld ist genug da.

Wir zahlen nicht für Ihre Krise!

Es ist unser Geld, was hier verbraten und verbrannt werden soll. Lasst das nicht zu!

Unsere Kinder und Kindeskinde werden noch dafür zu zahlen haben, wenn wir nicht aufstehen und vereint diesen unglaublichen Raubzug stoppen!“

Aus dem Rat

Als neuer Trägerverein der Zeche Carl soll der von der Stadt zunächst übergangsweise gegründete Verein fungieren. Nach und nach sollen mehr Menschen aus dem Bereich Kultur Mitglied werden und sich die städtische Verwaltung und die Politiker zurückziehen. Wir forderten darüber regelmäßige Berichte ein und wandten uns gegen die faktische Begrenzung der Mittel für das zukünftige Personal in der Zeche Carl.

Den Antrag der SPD auf **Zusammenlegung der**

Anzeige

Kommunal- mit der Bundestagswahl nutze die CDU, um der DKP unterstellen zu wollen, wir wären für getrennte Wahlgänge, da sie uns nützen würden. Unser Ratsherr Patrik Köbele beteiligte sich deshalb nicht an der Debatte, weil sie Taktiererei ist, an der wir uns nicht beteiligen. Nach der Unterstellung ergriff Köbele doch noch das Wort und sprach sich für eine Zusammenlegung aus, weil dem Bürger die zusätzlichen Kosten nicht aufzubürden sind.

Die **Beteiligung** der Essener Arbeit- und Beschäftigungsgesellschaft mbH (**EABG**, 100%ige **Tochter der Stadt**) an der künftigen gemeinnützigen **Bfz-Essen GmbH** ist ein Beispiel dafür, wie die Stadt für die Wirtschaft zahlt und zahlt... Solange das Bfz die benötigte Infrastruktur bereitstellte, war die Wirtschaft dabei. Jetzt aber braucht man das Bfz nicht mehr, also trat die Wirtschaft, die Bundesanstalt für Arbeit und das Land NRW aus dem Verein aus. Übrig blieb nur die Stadt Essen.

Die Fraktion Die Linke/DKP/AUF forderte die Bestellung einer **Ombudsperson**, die von BezieherInnen von SGB II-Leistungen in Konfliktfällen als unabhängige Instanz eingeschaltet werden kann. Die

zahlreichen Beschwerden Betroffener über den Umgang in den Arbeitsagenturen machten diesen Antrag notwendig. Der Willkür muss etwas entgegen gesetzt werden.

Gleichzeitig fordern wir vom **Jobcenter** eine Berichterstattung im **Sozialausschuss** darüber, wie die Fallmanager zumindest zu festen Zeiten telefonisch erreichbar sein können, die Leistungsanträge zügiger bearbeitet werden können und es soll eine umfassende Beratung über Rechte und Pflichten für Bezieherinnen und Bezieher von SGB II-Leistungen geben.

Die Einführung eines **Bürgerhaushaltes** in Essen soll geprüft werden. Wir sehen ein solches Projekt kritisch, weil die Bürger dann zwar ein paar Kleinigkeiten mehr mitentscheiden können, aber letztlich nur den Mangel verwalten. Und wer Mangel verwaltet, wird irgendwann vor dem Problem stehen, kürzen zu müssen. Dann wird der Protest dagegen schwierig, wenn man mit drin hängt. Die Menschen sind aber für den Mangel nicht verantwortlich. Geld ist ja bekanntlich genug da – zumindest für Banken und Konzerne. Da müssen wir es uns holen!



Konstantin Wecker kommt am 19. Juni 20.00 Uhr



FEST DER SOLIDARITÄT 19.- 21. Juni 2009 Dortmund Revierpark Wischlingen

Anzeige

Ja, ich will auch ein kostenloses rotlicht-Abo

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Abschicken an: DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen www.dkp-essen.de • E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de